

Interpellation Dürr-Widnau / Ammann-Rüthi / Schöbi-Altstätten (22 Mitunterzeichnende) vom 14. September 2015

Ungleiche Zollbestimmungen – schädliche Diskrepanzen zwischen österreichischem und schweizerischem Einfuhrrecht

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Oktober 2015

Patrick Dürr-Widnau, Thomas Ammann-Rüthi, Michael Schöbi-Altstätten und 22 Mitunterzeichnende stellen in ihrer Interpellation vom 14. September 2015 fest, dass insbesondere im kleinen Grenzverkehr ungleiche Zollbestimmungen gelten würden für die Einfuhr von Gütern aus der Schweiz nach Österreich einerseits und aus Österreich in die Schweiz andererseits. Die aktuelle Regelung führe zu einer Benachteiligung des St.Galler Gewerbes in Grenznähe. Deshalb sei eine Angleichung der Bestimmung auf österreichischer Seite notwendig. Die Interpellanten erkundigen sich, ob die Regierung das Problem kenne, ob es Bemühungen gebe, es zu lösen, und auf welchem Weg sich das Problem lösen lasse.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Für Personen, die in die Schweiz einreisen, ist bezüglich der schweizerischen Mehrwertsteuer die Wertfreigrenze grundsätzlich bei Fr. 300.–. Für bestimmte Waren wie Fleisch, Butter, alkoholische Getränke und Tabak gelten zudem mengenmässige Freigrenzen, bei deren Überschreitung Zollabgaben auf der Mehrmenge erhoben werden. Ähnlich lauten im Grundsatz auch die österreichischen Zoll- und Mehrwertsteuerbestimmungen für Personen, die aus einem Nicht-EU-Land nach Österreich einreisen.

Nach dem schweizerisch-österreichischen Abkommen über den Grenzverkehr vom 30. April 1947, SR 0.631.256.916.31, bestehen Abgabenbefreiungen im Verkehr mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren im Verkehr innerhalb der beiderseitigen Grenzzonen. Diese gehen jedoch bedeutend weniger weit als die oben beschriebenen Grundsätze, die in Gesetzen aus neuerer Zeit festgehalten sind.

Nach Art. 2 Abs. 1 des eidgenössischen Zollgesetzes, SR 631.0, bleiben die völkerrechtlichen Verträge gegenüber dem innerstaatlichen Zollrecht vorbehalten. Dieser Grundsatz ist grundsätzlich unbestritten. Es stellt sich allerdings die Frage, was gilt, wenn das (jüngere) innerstaatliche Zollrecht grosszügiger ist als das (ältere) internationale Recht. Nach Praxis der Eidgenössischen Zollverwaltung ist im Einzelfall die am weitesten gehende Vergünstigung zu gewähren und dürfen unterschiedliche Vergünstigungen aus dem innerstaatlichen Zollrecht und dem Völkerrecht kombiniert werden. Das Abkommen über den Grenzverkehr hat aus Schweizer Sicht seine Bedeutung im Wesentlichen verloren. Es macht indessen den Anschein, dass die österreichische Seite diesbezüglich eine andere Haltung hat: Sie hält nach wie vor an den stark eingeschränkten Freigrenzen fest. Ob sie dies aufgrund des Abkommens über den Grenzverkehr oder gestützt auf die österreichische Gesetzgebung tut, ist unklar, aber auch nicht von Bedeutung. Tatsache ist jedoch, dass dieser Umstand zu den von den Interpellanten geschilderten ungleichen Zollbestimmungen in den Grenzräumen der Schweiz und von Österreich führt.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Dass im Grenzverkehr zwischen der Schweiz und Österreich je nach Land unterschiedliche Bestimmungen gelten, die zu ungleichen Belastungen der eingeführten Waren führen, ist der Regierung nicht neu. Ähnliche Vorstösse hatte auch schon der Bundesrat aus dem Bundesparlament zu behandeln, das in der Schweiz für die Gesetzgebung über den Zoll und die Mehrwertsteuern zuständig ist.
2. Die ungleichen Zollbestimmungen führen dazu, dass die St.Galler Bevölkerung aus Einkäufen in Österreich kleinere Zoll- und Mehrwertsteuerbelastungen hinnehmen muss als die Vorarlberger Bevölkerung im Grenzraum, wenn diese in der Schweiz einkauft. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass Waren, die in der Schweiz eingekauft und im kleinen Grenzverkehr nach Vorarlberg ausgeführt werden, sich mehr verteuern, als wenn sie im grenznahen Vorarlberg eingekauft und in die Schweiz eingeführt werden. Dass dies für die Schweizer Wirtschaft – insbesondere den Detailhandel – gegenüber jener aus Österreich zu einer Benachteiligung führt, ist offensichtlich. Hinzu kommt, dass die aktuelle Wechselkurssituation für österreichische Kunden wenig zu attraktiven Einkaufsbedingungen in der Schweiz beiträgt.
- 3./4. In der Schweiz ist die Zoll- und Mehrwertsteuergesetzgebung Bundessache. In Österreich ist es ebenso. Die Regierung wird bei den zuständigen Bundesbehörden der Schweiz darauf hinwirken, dass diese mit den zuständigen österreichischen Behörden über eine Angleichung der Zollbestimmungen verhandelt.

Die Regierung trifft sich mit der Regierung des Landes Vorarlberg regelmässig zu Gesprächen. Anlässlich des nächsten Treffens werden die ungleichen Zollbestimmungen thematisiert, mit dem Ziel, dass sich auch die vorarlbergische Landesregierung bei den zuständigen österreichischen Bundesbehörden für eine Angleichung der österreichischen Zollbestimmungen an jene der Schweiz einsetzt.